

DAS AMT DE

Hans Werner Kiltz über das Spannungsverhältnis zwischen



Franz Josef Strauß (CSU) trat 1962 während der SPIEGEL-Affäre als Verteidigungsminister zurück. Er hatte die Festnahme eines Redakteurs in Spanien veranlaßt und darüber den Bundestag belogen.



Werner Maihofer (FDP) stürzte 1978 als Bundesinnenminister über den Fall des Atomexperten Klaus Traube und über Pannen bei der Terroristenfahndung. Traube war illegal abgehört worden.



Hans Karl Filbinger (CDU) trat 1978 als baden-württembergischer Ministerpräsident zurück, nachdem seine Mitwirkung an Todesurteilen während der Nazi-Zeit bekannt geworden war.



Albert Vietor (SPD) wurde 1982 als Vorstandschef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat fristlos entlassen. Ihm wurde Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung vorgeworfen.



Otto Graf Lambsdorff (FDP) trat 1984 als Wirtschaftsminister zurück. Er wurde wegen seiner Verwicklung in die Parteispendenaffäre angeklagt und später zu 180 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Sozialdemokrat Rudi Arndt, ein bulliger und intelligenter Hesse, war in den siebziger Jahren, als er in seiner Partei noch etwas zu sagen hatte, ein geachteter Mann. Er wußte mehr als andere, traute sich auch mehr zu, war machtbewußt, in freier Rede geübt und von aggressiver Fröhlichkeit. Es bereitete ihm sichtlich Vergnügen, polemisch und verletzend zu sein.

Doch eine Schwäche, für ihn und andere ärgerlich, hatte der Vollblutpolitiker. Er konnte Kritik nur schwer ertragen.

So erboste es Arndt schwer, als ein delikater Vorgang aus seiner Amtszeit als Frankfurter Oberbürgermeister ruchbar wurde: Der großzügige Spender eines 200 000-Mark-Schecks für die SPD-Parteikasse war ganz zufällig identisch mit jenem libanesischen Geschäftsmann, der zur selben Zeit Pächter einer lukrativen Tiefgarage der sozialdemokratisch dominierten Flughafenengesellschaft wurde.

Wie die Herrscher der Antike, die jeweils die Boten umbringen ließen, die schlechte Nachrichten überbrachten, machte Rudi Arndt den Parteivorstand der SPD Hessen-Süd zum Tribunal gegen mißliebige Berichterstatter: „Ist der in der Partei?“ pflegte er sich nach dem Enthüller unangenehmer Geschichten zu erkundigen: „Dann fliegt er raus.“

Ein anderer hochbegabter Sozialdemokrat, bei dem sich Intelligenz und Machtstreben auf

das nachteiligste ergänzen, ist Oskar Lafontaine. Der saarländische Ministerpräsident, wie der Genosse Arndt im politischen Umgang nicht zimperlich, hält journalistische Arbeit offenbar nur dann für gelungen, wenn sie den eigenen Ansichten entspricht und das eigene politische Fortkommen fördert.

Als der SPIEGEL über Lafontaines zu üppig bemessene Pensionsregelung und die beamtenrechtliche Einstufung seiner Lebensgefährtin (und jetzigen Ehefrau) berichtete, schürte der Regierungschef erst mal Mißmut gegen die Medien und ihren „Jägerjournalismus“: „Bei einigen der ‚kritischen‘ Journalisten“, rügte Lafontaine, sei „so etwas wie Jagdfieber“ entstanden, „als wolle man sich eine Kerbe in den Federhalter ritzen für jeden Politiker, den es gelungen ist, abzuschießen“.

Der Sozialdemokrat berief sich auf den Springer-Kommentator Peter Boenisch – und damit auf einen hinreichend legitimierte Kronzeugen, dessen einfühlsame und abgewogene *Bild*-Kommentare das gesunde Volksempfinden seit Jahrzehnten so überzeugend treffen. „Es ist – eine Woche vor Ostern – Zeit zur Selbstkritik“, mahnte Boenisch demutsvoll, „denn in den Medien ist schon seit langer Zeit jeden Tag Karfreitag. Jeden Tag schlagen wir einen ans Kreuz. Von Stolpe bis Krause, von Späth bis Streibl, von de Maizière bis Lafontaine. Die politische Konfession spielt keine Rolle. Hauptsache: Kreuzigung. Die Medien sind die Henker.“

Wem von den Genannten ist Unrecht widerfahren? Manfred Stolpes undurchsichtiges Verhalten im Umgang mit Stasi-Offizieren bleibt bis heute ohne Folgen. Krause, Späth, Streibl und de Maizière sind zurückgetreten, weil sie für die eigene Partei zur Belastung geworden waren. Lafontaine blieb im Amt. Er zahlte still, wenn auch uneinsichtig, die umstrittenen Ruhestandsbezüge zurück.

Kurze Zeit später gerieten Lafontaine und andere Mitglieder der saarländischen Landesregierung in Verdacht, sich zu eng mit Saarbrücker Kiez-Größen eingelassen zu haben. Diesem Umstand verdankt die Öffentlichkeit eine Lafontaine-Wortschöpfung, die das Berufsfeld der Me-

S WÄCHTERS

Politik und Presse

dienschaftenden um eine neue Gattung bereichert – den „Schweinejournalismus“. Falsches stand nicht in den Blättern, nur Unangenehmes.

Doch seitdem denkt der Sozialdemokrat darüber nach, was er als Politiker gegen verwilderte Sitten im Journalismus tun kann, jedenfalls dort, wo er bestimmen kann. Und natürlich ist ihm etwas eingefallen: Das Saarland hat seit einigen Monaten ein neues, schärferes Pressegesetz, von dem der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, sagt, daß damit „an der Freiheit der Presse genagt“ werden soll.

Nun muß nicht alles, was dazu gedacht ist, böse Journalisten zu zügeln, gleich als Attentat auf die Pressefreiheit empfunden werden. Auch Journalisten sündigen.

Doch wenn Oskar Lafontaine überlegt, „wie der investigative Journalismus in seine ethischen Schranken zurückverwiesen werden kann“, ist Vorsicht geboten. Da fühlen sich Rechercheure und Autoren bei anderen besser aufgehoben.

Geht es nach dem Saarländer, werden Zeitungen künftig nach politischen Enthüllungen maßlos lange Gegendarstellungen drucken müssen, die sowieso schon ohne Rücksicht auf den Wahrheitsgehalt abgefaßt werden können. Ein erläuternder Zusatz der Redaktion ist an gleicher Stelle nicht erlaubt.

Die Vorstellungskraft reicht kaum aus, sich im Einzelfall die Folgen der presserechtlichen Gängeleien auszumalen. Was den Zorn des Ministerpräsidenten so nachhaltig erregte, war ein SPIEGEL-Titelbild mit dem Konterfei Lafontaines im Kostüm des verschwörungssüchtigen Ludwig XIV. und der Schlagzeile: „Die Luxus-Politiker“, Unterzeile: „Selbstbedienung im Staate Lafontaine“.

Zugegeben: eine journalistische Überreibung, sicherlich polemisch – aber schweinsch? Karikatur als Kunst darf mehr als nur gefallen. Sie darf überzeichnen, geißeln, ironisieren, auch verletzen.

In solchen Fällen soll nun Gendarstellung erlaubt sein. Kommt dann das retuschierte SPIEGEL-Titelbild – von einem staatlich besoldeten Künstler – direkt aus der Staatskanzlei? Beispiels-

weise Oskar Lafontaine auf einem schmeichelhaften Paßfoto, rotwangig und pensionsberechtigt, das Grundgesetz, zumindest das saarländische Pressegesetz, unter dem Arm, mit der Schlagzeile „Alles stimmt im Lande Lafontaine“?

Einen Vorgeschmack auf die exzessive Auslegung des Gegendarstellungsrechts gab es (Mitte vorletzten Jahres) nach der Berichterstattung über den VW-Manager Ignacio López. Der Spanier war im Streit vom US-Autogiganten Opel zu VW gewechselt und von seinem früheren Arbeitgeber der Industriespionage verdächtigt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte.

Der Vorwurf, bis heute gerichtlich nicht geklärt, wurde von den Anwälten des VW-Konzerns presserechtlich bekämpft. Das Resultat war ein Streifen auf dem SPIEGEL-Titelbild: „Gegendarstellungen“. Wie das Hamburger Landgericht inzwischen festgestellt hat, haben die Kläger den Streifen mit teilweise falschen Behauptungen erstritten.

Zwischen Wirtschaftsführern und Journalisten, vor allem aber zwischen Politikern und Journalisten, besteht von jeher ein natürliches Spannungsverhältnis. Womit erregen die Journalisten so oft Anstoß? Sie stellen Öffentlichkeit her.

Sie lassen ihre Leser, Zuschauer oder Zuhörer an Vorgängen teilhaben, die denen sonst verborgen



Hans Friderichs (FDP) stürzte 1985 als Vorstandschef der Dresdner Bank über die Parteispendenaffäre. Er hatte als Wirtschaftsminister und Bankier Steuern hinterzogen und wurde verurteilt.



Bernd Otto wurde 1988 als Vorstandschef der gewerkschaftseigenen co op AG fristlos entlassen und 1994 zu einer Haftstrafe verurteilt. Er

hatte mit Managerkollegen versucht, sich das co-op-Vermögen anzueignen.



Ibrahim Böhme legte 1990 sein Amt als Vorsitzender der DDR-SPD nieder, als Akten über seine Stasi-Vergangenheit bekannt wurden. Die SPD schloß ihn 1992 aus.



Uwe Barschel (CDU) trat 1987 als Kieler Ministerpräsident zurück und beging offenbar Selbstmord. Er hatte eine Rufmordkampagne und eine Bespitzelungsaktion gegen Oppositionschef Björn Engholm initiiert.



Lothar de Maizière (CDU) trat 1990 als Bundesminister für Besondere Aufgaben zurück, als frühere Stasi-Kontakte publik wurden. Die CDU sprach ihn später vom Verdacht der Stasi-Zuarbeit frei.



Lothar Späth (CDU) trat 1991 als baden-württembergischer Ministerpräsident zurück, als bekannt wurde, daß er Privat- und Dienstreisen von Industriellen bezahlen ließ.



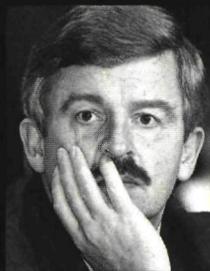
Willibald Böck (CDU) trat 1992 als thüringischer Innenminister zurück. Er hatte Geld von West-Unternehmern entgegengenommen und sich dem Verdacht der Vorteilsannahme ausgesetzt.



Günther Jansen (SPD) trat 1993 als Kieler Sozialminister zurück. Er hatte, angeblich in einer Schublade, 40 000 Mark gespart und sie dem Ex-Barschel-Referenten Reiner Pfeiffer zugespielt.



Björn Engholm (SPD) trat 1993 als Parteichef, Ministerpräsident und Kanzlerkandidat zurück. Er hatte falsche Angaben darüber gemacht, wann er von Barschels Machenschaften erfuhr.



Jürgen Möllemann (FDP) stürzte 1992 als Bundeswirtschaftsminister. Er hatte in Schreiben an Handelsketten für einen Einkaufswagen-Chip geworben, den sein Vetter vertrieb.

blieben, die für eine Meinungsbildung aber wichtig sind.

Investigativer Journalismus muß dem Politiker zuwider sein. Der Journalist sucht nach Mißständen im politischen Apparat, recherchiert von unten, zapft Quellen an, die offiziell nicht zugänglich sind. Er zweifelt an Sachverhalten, die andere ungeprüft übernehmen oder aus Gefälligkeit verbreiten.

Das ist ein durchaus ehrbares Handwerk, das viel Zeit und viel Arbeit erfordert. Und all die, die es ausüben, dürfen auch noch für sich in Anspruch nehmen, es im öffentlichen Auftrag zu tun. „Wo immer im Staat etwas faul ist“, hat der Presserechtler Martin Löffler festgeschrieben, „soll die Presse Laut geben und so nach dem Willen der Verfassung das Amt eines öffentlichen Wächters ausüben.“

Gerade die Wächterfunktion, sagt Lafontaine, verlange ein hohes Maß an „beruflicher Ethik, an demokratischem Verantwortungsbewußtsein und an Selbstdisziplin“. Das zwingt zum Nachdenken: Gibt es eine spezifisch journalistische Ethik? So wie das Ethos des Winzers, seinen sauren Riesling nicht mit Zucker zu verfeinern, wie das des Arztes, seine Krankenkassenabrechnung nicht mit fiktiven Leistungen anzureichern?

Es gibt zweifellos viele und gute Anlässe, über die Moral der Journalisten zu reflektieren, auch sehr kritisch. Aber es gibt keine journalistische Ethik, die sich von der allgemeinen Ethik unterscheidet. Es gibt besondere Pflichten für Journalisten, aber keine besonderen Rechte. Willkürliche Ethikgebote, von Politikern ersonnen, sind letztlich nur dazu gedacht, die journalistische Freiheit zu beschneiden.

Zwischen öffentlichem Auftrag und redaktioneller Abhängigkeit führen Journalisten ein prekäres

Dasein. Wo täglich unter Konkurrenz- und Zeitdruck gearbeitet wird, mit dem Zwang, kurz und prägnant zu sein, passieren Unredlichkeiten und Pannen.

Es gehört zu den berufsspezifischen Gefährdungen der Journalisten, hin und wieder auch Unvollendetes, Halbgares veröffentlichen zu müssen. Jeder Autor verspürt in sich den Hang zum Dramatischen.

Unterdrückte Nachrichten sind allemal gefährlicher als voreilige, leichtfertige, geschmacklose, verletzende oder gar falsche. Alle letztgenannten sind zu korrigieren, nicht veröffentlichte aber sind verloren.

Die *International Herald Tribune* hat vor Jahren über die Arbeit der deutschen Presse geschrieben, mit wenig schmeichelhaftem Ergebnis. Die meisten Zeitungen in Deutschland, urteilten die amerikanischen Kollegen, nähmen nicht die Rolle des natürlichen Gegenspielers von politischen und wirtschaftlichen Eliten ein. Sie spielten vielmehr die Rolle eines natürlichen Verbündeten. Sie ermutigten nicht genug den investigativen Journalismus, sondern begnügten sich damit, die vorbereiteten Erklärungen von Politikern und PR-Abteilungen wiederzugeben.

Mag das deprimierende Urteil auch zu hart sein und auf einige Blätter nicht zutreffen: Was not tut in der Bundesrepublik, ist mehr Enthüllung.

Nicht „die ‚Exzesse‘ des SPIEGEL“, sondern die Defizite fast der gesamten deutschen Presse seien das „traurigste Kapitel der Stasi-Geschichte“, resümiert der *Washington Post*-Korrespondent Marc Fisher. Engländer und Amerikaner würden mit den Stasi-Akten aggressiver umgehen.

Das kommt hierzulande gar nicht gut an. Enthüllungsjournalismus wird von den Politikern wahlweise als „Schweinejournalismus“ (Lafontaine), „Kloakenjournalismus“ (Kohl) oder „Hinrichtungsjournalismus“ (Lambsdorff) diffamiert. Solche Beschimpfungen schüchtern zwar keinen Journalisten ein. Aber sie schüren Medienverdrossenheit. Das Publikum weiß nicht mehr zu unterscheiden, was Journalisten dürfen und was sie tunlichst besser sein ließen.

Den Rest an Verwirrung und Verdruß besorgen Journalisten selber. Die Gier nach Schlagzeilen und Exklusivität verführt zur Sensationslust, der Nervenkitzel geht über Pietät. Reporter werden zu Voyeuren (beim Grubenunglück Borken, bei der Flugzeugkatastrophe in Ramstein), brechen hemmungslos Tabus (Geiseltangster-Interview in Bremen) oder verbrämen ungezügelt Exhibitionismus

N. BAINSEIN, J. H. DARÖCHINGER, DPA, J. ECKEL, C. EGGERER, T. ENBERGER/ARGUS, H. ENGELS, L. FISCHMANN/GRÖNNINGER, F. HELLER/ARGUS, K. HILL, G. HUBER, S. HUSCH/ARGUS, K. B. KARWASZ, R. KRAUSE, L. KUCHARZ, K. MEINER, A. V. D. OSTEN-SACKEN/JOKER, A. SCHÖTZEL

(Selbstmord-Video im Fernsehen) als aufklärerisch notwendige Dokumentation.

•Es ist beileibe keine Schande, hohe Auflagen, Einschaltquoten und Marktanteile zu haben. Journalistische Unabhängigkeit gedeiht nur in wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Schon deshalb taugt hartnäckige Recherche nicht als Anlaß zu öffentlicher Medienschelte.

Die Beton-Cäsaren der Neuen Heimat, Barschels Ehrenwort, das Millionendesaster der co op und die Flick-Parteispendenaffäre sind Belege dafür, wie zäher Recherchierjournalismus mit faktensicherer Dokumentation eine interesserverfälschte Gesellschaft durchleuchten kann.

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die solche Mißstände aufdecken sollen, haben nur selten mehr erreicht als den Nachweis eigener Unzulänglichkeit. „Journalisten“, sagt der ehemalige Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, „sind stärker gehalten zu recherchieren, Wahrheit zu ermitteln, während Politiker stärker interessengebunden argumentieren.“

Behutsam ausgedrückt, klar verstanden: Es ist eben schwer, es zugleich der Wahrheit und den Politikern recht zu machen.

Politiker und Journalisten – das sind zwei Berufsstände, die sich ähneln in ihren Allround-Fähigkeiten. Sie unterhalten Beziehungen besonderer Art. Sie brauchen einander, auch wenn sie ganz gegensätzliche Absichten haben. Sie benutzen sich, belügen sich, sind in Duzfreundschaft verbunden und bestätigen einander ihre Unabhängigkeit. Die Zweckgemeinschaft zur Produktion (oder Verhinderung) von Nachrichten funktioniert so lange, wie beide glauben, davon einen Nutzen zu haben.

Politiker demonstrieren Journalisten täglich deren Abhängigkeit. Sie empfehlen und gewähren Interviews, auch wenn sie gar nichts zu sagen haben. Sie laden zu Pseudo-Ereignissen ein, Pressekonferenzen oder Sonderparteitagen, die nur veranstaltet werden, um im Fernsehen eingebildet und in den Zeitungen erwähnt zu werden.

Besonders erfindungsreich sind die personalstarken Presseabteilungen der Parteien und Unternehmen, wenn sie sich bemühen, Journalisten für sich einzuspannen.

Der Journalist ist Arbeitnehmer, wird oft nur nach Tarif bezahlt und läßt sich, geldgierig und eitel, wie er nun mal ist, auch ganz gern korrumpieren: kostenlose Reisen in den Jets der Mächtigen, luxuriöse Testwagen der

Automobilfirmen, Pressekonferenzen der Banken am Potomac, private Feste beim Minister (nebst Gattin und den Blagen), Skatrunden und Weinproben – die Palette der Anfechtungen ist variantenreich und lukrativ.

Das führt, in harmlosen Fällen, dann da-zu, daß eine kritische Meldung über einen Störfall im Atomkraftwerk mal unterbleibt. Weil zufällig der recherchierende Journalist dem Energieunternehmen, gegen Honorar, eine so leicht verständliche Broschüre über das segensreiche Wirken der Atomindustrie geschrieben hat.

In krassen Fällen gelingt es einem deutschen Außenminister, die Journalisten davon abzuhalten, über eine mit deutscher Beteiligung gebaute Giftgasfabrik in Libyen zu berichten. Das geht zwar auch nur eine Weile gut, zeigt aber, wie leicht die Nähe zu Politikern zu unkritischer Haltung verführt.

Wo die Grenzen publizistischer Macht liegen und wie Journalisten im Dienst der Politik manipuliert werden können, haben die Amerikaner im Golfkrieg professionell vorgeführt. Weltweit wurde der Journalismus wochenlang von der PR-Maschine der US-Regierung und von Militärs desinformiert und gesteuert.

Hier hätte auch eine Gegendarstellung zum Golfkrieg, wäre das saarländische Pressegesetz schon in

Kilz, 51, war von 1990 bis 1994 Chefredakteur des SPIEGEL

Kraft gewesen, nur wenig zurecht-rücken können.



Günther Krause (CDU) reichte 1993 nach einer Affären-Serie seinen Rücktritt als Bundesverkehrsminister ein. Zuletzt hatte er einen privaten Umzug aus der Staatskasse bezahlen lassen.



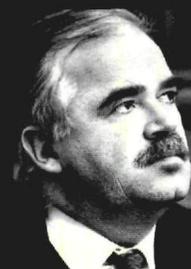
Max Streibl (CSU) trat 1993 als bayerischer Ministerpräsident wegen der sogenannten Amigo-Affäre zurück; er war mehrmals auf Kosten eines Unternehmers in Urlaub gefahren.



Franz Steinkühler (SPD) stürzte 1993 als Chef der IG Metall. Er stand im Verdacht, an der Börse durch Insiderwissen einen Spekulationsgewinn von 64 000 Mark verbucht zu haben.



Werner Münch (CDU) trat 1993 als sachsen-anhaltinischer Ministerpräsident zurück. Er hatte sich mit dubiosen Angaben ein höheres Gehalt erschleichen wollen.



Peter Gauweiler (CSU) trat 1994 als bayerischer Umweltminister zurück. Er hatte monatlich 10 000 Mark für die Verpachtung seines früheren Anwaltskundenstammes kassiert.